

**aufs Jahr gemittelt**



**so leise wie ein Fisch**

Hartmut Rencker  
Fontanestr. 82  
55127 Mainz  
Tel.: 06131-72801  
Mail: hartmut@rencker.de  
Internet: www.lerchenberg-info.de

per Mail und Briefpost  
Frau  
Ministerpräsidentin Malu Dreyer  
Staatskanzlei

**Mainz**

Mainz, 17.02.2018

### **Koalitionsvertrag**

Sehr geehrte Frau Dreyer,

es war einmal, da hatten Sie bei den Fluglärmaktivisten einen großen Vertrauensvorschuss. Vor allem haben wir Ihre Bemühungen um die festgefahrene Bundesratsinitiative gewürdigt. In den Rücken gefallen sind Sie dann der ganzen Region mit dem Bestreben der Landesregierung, die Flugverkehrsabgabe zu kippen, wohl um den flügelahmen Hahn zu fördern, wenn auch unter billiger Inkaufnahme der Begünstigung des umweltschädlichsten Verkehrsmittels, insbesondere des Molochs Fraport. Das Normenkontrollverfahren ist gescheitert. Die Abgabe wurde als verfassungsverträglich bestätigt.

Mit Bestürzung habe ich das Machwerk des Koalitionsvertrags gelesen und schließe mich der öffentlichen Kritik an. Was in den Zeilen ab 3710 und ab 5690 verbrochen wurde, erklärt sich nicht mit Mangel an Sachverstand und Einsichtsfähigkeit. Hier sind die vom Firmengeld ferngelenkten Parteienvertreter vor der Lobby eingeknickt.

Wenn ich mir den Entwurf der Koalitionsvereinbarung anschau, wird mir schwindlig und übel zugleich. Es ist ein "Warenhauskatalog" von „Wünsch-dir-was-Listen. Beim Verkehrssektor, ist eine Liste zusammengeschustert worden, die von Amateuren und Besoffenen erstellt sein könnte. Der Luftverkehr auf den Seiten 80 und 81 ist eine Lachnummer besonderer Güte; das Kapitel strotzt von Allgemeinplätzen und Wunschvorstellungen. Da ist von der "bedarfsgerechten Kapazitätserweiterung" die Rede, "die auch in Zukunft gewährleistet sein" müsste. Wer den Bedarf bestimmt und wo die Obergrenzen liegen soll, Fehlanzeige! Die Emissionen des Flugverkehrs sollen angeblich gesenkt werden. Wie und in welchem Umfang, wird ebenfalls nicht gesagt und auch nicht angedeutet. Die Luftverkehrswirtschaft wird von der neuen Regierung aufgefordert, "den durch Emissionen verursachten Nachteilen wirksam zu begegnen". Präziser ging es leider nicht! Keine bisherige Regierung in der Bundesrepublik - so ist mein Eindruck - wird das Volk so verhöhnen und hinters Licht führen wie die nächste Groko mit Merkel zum Vierten.

So soll in Wahrheit die mit fast 13 Milliarden im Jahr hoch subventionierte Flugwirtschaft um weiter Milliarden gefördert werden. Kurz zusammengefasst ist beabsichtigt:

- Abschaffung der vom Bundesverfassungsgericht bestätigten Flugverkehrsabgabe
- Übernahme der Kosten der Sicherheitsdienste durch den Steuerzahler
- Technologische Entwicklungshilfe aus Steueraufkommen
- Lärmgrenzwerte nach Vorgaben der Luftfahrttechnik
- Verweigerung der gesetzlichen Nachtruhe
- bedarfsgerechte Kapazitätserweiterung
- Tank anstatt Teller

Die Illusion, von hochenergetischen fossilen Treibstoffen wegzukommen, erinnert an die Hoffnung, dass doch noch das Perpetuum mobile erfunden wird. Biotreibstoffe aus nieder-gebrannten Regenwäldern sind ebenso wenig eine Lösung wie die Nutzung von Batterie-technik oder von aus Braunkohlestrom elektrolytisch gewonnenem Wasserstoff. Batterien werden niemals die Energiedichte chemischer Treibstoffe erreichen können. Dazu kommt das Problem des hohen Landegewichts und dass lediglich Propellerantrieb möglich ist. Wasserstoff ist noch ungeeigneter, weil dieser in flüssiger Form entweder einer Ultratiefkühlung auf unter minus 253°C oder als Gas schwerer Hochdruckflaschen bedarf. Wegen der Besonderheit seines Tripelpunktes lässt sich Wasserstoff mit keinem Druck des Universums verflüssigen. Die Zeit der energiefressenden Starrflügler wird enden. Die Zukunft gehört dem behäbigen und wetterempfindlichen Zeppelin - oder den Pferden, wie Kaiser Wilhelm meinte. Aber 8 Milliarden Pferde?

Das stetige Wehklagen der Luftfahrtlobby, verbunden mit der Hörigkeit der Politik, ist nur noch schwer zu ertragen. Ungeachtet dessen, dass andere für die Schäden aufzukommen bzw. zu ertragen haben, kennt die Luftfahrtlobby ausschließlich als Marketingkonzept, wie man den Luftverkehr immer mehr steigern kann wie Billigflüge ohne wirtschaftlichem Zweck oder Nutzen, nahe der "Gratisgrenze", und weitere deutliche Steigerungen im Inlands- und Kurzstreckenverkehr, obwohl dieser von allen Verkehrsexperten als volkswirtschaftlicher Unsinn angesehen wird. Um das Maß dann weiter voll zu machen, werden zu allen unpassenden Jahreszeiten exotische Früchte, Gemüse, Fleisch, Fisch und Blumen eingeflogen. Also gleich einen Eimer Kerosin auf den Esstisch. Ob damit die Ressourcen dieser Länder zerstört werden, welche besser für den Anbau von Grundnahrungsmitteln eingesetzt werden sollten, interessiert diese Besessenen mit dem Dollarzeichen im Auge herzlich wenig, Klimaziele ohnehin nicht. Hauptsache Zuwachsraten und Boni stimmen.

Es ist erst wenige Wochen her, dass namhafte Politiker eingestanden haben, sie seien von der Luftfahrtlobby nach Strich und Faden belogen worden. Das hält die selben Akteure aber offensichtlich nicht davon ab, jetzt wieder vor dieser einzuknicken. Wundert man sich, dass der betroffene Bürger sich mit Grauen abwendet und „falsch“ oder gar nicht wählt? Bei früher gültigen Moralvorstellungen bezeichnete man ein solches Verhalten als Hehlerei, heute wohl eher als Stilmittel der Politik.

Nun zu der immer wieder behaupteten "Benachteiligung": Der Luftverkehr in Deutschland wird jährlich bereits mit rund 13 Milliarden Euro subventioniert (Mineralölsteuerbefreiung, MWSt. teilweise, Subventionierung der DFS), alles dicke Posten, die eine einseitige Bevorzugung gegenüber anderen Verkehrsträgern darstellen. Das hält die einflussreiche Lobby von Nimmersatts nicht davon ab, weitere Subvention zu fordern, weil man sich angeblich im Wettbewerb benachteiligt fühlt. Das Bestreben richtet sich u.a. in Richtung Ticketsteuer (welche ohnehin kaum ins Gewicht fällt) und der Steuerzahler soll gefälligst dafür, dass ihm Dreck und Lärm um die Ohren fliegt, auch noch die Kosten der vom Luftverkehr verursachten Luftüberwachung übernehmen.

Wie lautete noch vor ein paar Wochen die Erkenntnisse der Politiker: „Wir werden hier belogen“. Eine Erkenntnis, welche wohl nur kurzfristig wirkte. Es scheint bei der bisherigen Formel zu bleiben. Ein mächtiger Lobbyverband hat sich den Staat zu eigen gemacht und treibt die Politiker vor sich her. Wer wundert sich da noch über Staatsverdrossenheit !

Fazit: Die Politik und Fraport erklären den Menschen in der Region den Krieg. Ich schäme mich, ein Bürger dieses Landes zu sein. Gott schütze Rheinland-Pfalz.

Ich hoffe, dass Sie sich einer inhaltlichen Aufarbeitung nicht verschließen.

Trotz meiner bereits angekündigten Verhaftung wegen mangelnder Demut vor der Staatswillkür verbleibe ich mit einem freundlichen Meenz-Alaaaaf, so wie es mich die Justiz geleeert hat.

(Hartmut Rencker)

Anlage:

Auszug aus dem Koalitionsvertrag

## Entwurf Koalitionsvertrag:

ab Zeile 3710:

Luftverkehr: Wir wollen faire Rahmenbedingungen im Einklang mit europäischen und internationalen Regelungen für die Luftverkehrswirtschaft. **Dazu gehören die Umsetzung des Luftverkehrskonzeptes, die Entlastung unserer Flughäfen und Luftfahrtunternehmen von einseitigen nationalen Kosten.** Damit haben wir bereits im letzten Jahr begonnen. Die **bedarfsgerechte Kapazitätserweiterung der Flughäfen muss auch in Zukunft möglich sein.** Die Luftverkehrswirtschaft ist aufgefordert, den durch Emissionen verursachten Nachteilen wirksam zu begegnen.

Anmerkung: also Abschaffung der Luftverkehrsabgabe und Wachsen bis zum Platzen

Luftsicherheitskontrollen sind eine hoheitliche Aufgabe. **Daher soll der Staat mehr strukturelle Verantwortung und Anteile der in den letzten Jahren gestiegenen Kosten für die Sicherheit der Menschen beim Fliegen übernehmen.** Wir werden gleichzeitig die bestehende Organisation und Aufgabenwahrnehmung und -verteilung für die Luftsicherheit begutachten und konzeptionelle Vorschläge erarbeiten lassen, um diese in Deutschland einheitlicher und effizienter zu gestalten.

Anmerkung: also Kosten der Sicherheitskontrollen aus Steuermitteln

Den Umwelt- und Nachhaltigkeitsbezug des Luftfahrtforschungsprogramms (LUFO) **wollen wir weiter ausbauen und mehr finanzielle Mittel zur Verbesserung der Erforschung und Erprobung alternativer Treibstoffe im Luftverkehr bereitstellen,** dazu gehört auch die Ausstattung von Flughäfen mit Landstrom. Für den Luftverkehr wollen wir die Forschung und Entwicklung zur Herstellung und Nutzung von alternativen, strombasierten Kraftstoffen vorantreiben und fördern.

Anmerkung: also Tank anstatt Teller. Elektrisch Fliegen ist wegen tonnenschwerer Batterien eine Illusion, auch nicht mit elektrolytisch gewonnenen Wasserstoff, der einer Ultra-tiefkühlung oder schwerer Druckflaschen bedarf.

Wir werden die Genehmigungsdauer für Ein- und Ausflüge von Ad-hoc-Frachtchartern deutlich verkürzen. Hierfür werden wir das Luftfahrtbundesamt stärken

Die Verschärfung der Lärmzulassungsgrenzwerte für neue Flugzeuge auf internationaler Ebene (ICAO) befürworten wir. **Wir wollen zusätzliche Mittel für die Forschung und Entwicklung neuer lärmarmen Technologien wie für emissionsarme Flugzeugtriebwerke bereitstellen.**

Anmerkung: also Entwicklungshilfe aus Steuergeld

Für die Festlegung der Flugrouten setzen wir auf eine verbesserte Transparenz in den Verfahren. Dabei ist entscheidend, frühzeitig die betroffenen Menschen zu informieren und in einen Dialogprozess mit allen Beteiligten einzubinden. Die Fluglärmkommissionen werden wir in ihrer Arbeit unterstützen. **Die bestehenden Nachtflugverbote bleiben erhalten.**

Anmerkung: also nur die verkürzte Nacht

ab Zeile 5690:

Wir wollen im Luftverkehr die zügige Umsetzung lärmarmen Flugverfahren vorantreiben und Anreize für den Einsatz leiserer Flugzeuge setzen. Bei allen Planungen an Flughafenstandorten müssen die Bürger frühzeitig einbezogen werden. Dabei ist auf die Nachtruhe für die Bevölkerung rund um den Flughafen in den Verfahren nach dem Luftverkehrsgesetz weiterhin in besonderem Maße Rücksicht zu nehmen. **Die Lärmgrenzwerte** für den Schutz der Menschen rund um die Flughäfen **werden wir** nach den gesetzlichen Vorgaben des Fluglärmschutzgesetzes **unter Berücksichtigung des Standes** der Lärmwirkungsforschung und **der Luftfahrttechnik überprüfen** und weiterentwickeln.

Anmerkung: also Grenzwerte nach Bedarf des Luftverkehrs.